



RECHTSANWÄLTIN

M. HASTENHUTZ

M. HASTENHUTZ STRASSE 2

D-10117 BERLIN

TELEFON: +49 (0)30 4649 3110

TELEFAX: +49 (0)30 4649 3113

ST. MEDIZINISCHES RECHTSGEB.

DEUTSCHE KREDITBANK AG

IBAN: D 25 1205 0110 0009 0009 0009

BIC: DK21 2512 0330 0000 0000 0000

USt-Nr.: 30 15 73 48 42

USt-IdNr.: D 25 1205 0110 0009

RECHTSANWÄLTIN M. HASTENHUTZ • KÖNIGSTRASSE 10 • 10117 BERLIN

Kleingartenanlage Bornholm I e.V.
- Der Vorstand -
Björnsonstr.

10439 Berlin

per Einwurf-Einschreiben

[Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom]

[Mein Zeichen, bitte stets angeben]
043/14-Z

[Ort, Datum]

Berlin, den 28. November 2014

Kündigung der Unterpachtverträge Parzelle 164, Parzelle 165 und Parzelle 195 in der Kleingartenanlage Bornholm I e.V.

Sehr geehrte Damen und Herren,

wie Sie den beigefügten Vollmachten entnehmen können, haben mich Herr [REDACTED] und Frau Inge [REDACTED], Herr Matthias [REDACTED] und Frau [REDACTED] sowie Frau [REDACTED] mit der Wahrnehmung ihrer rechtlichen Interessen beauftragt.

Meine Stellungnahme an den Bezirksverband der Kleingärtner Berlin Prenzlauer Berg e.V. zur Kündigung der Unterpachtverträge meiner Mandanten finden Sie zu Ihrer Information ebenfalls in der Anlage.

Wie Sie meinen Ausführungen entnehmen können, sind die Kündigungen unwirksam. Die Pachtverträge bestehen unverändert fort. Den von Ihnen angesetzten Termin zur Abschätzung der Parzellen werden meine Mandanten nicht wahrnehmen.

Gleichwohl sind sie sehr an einer friedlichen und einvernehmlichen Lösung des aktuellen Konflikts und an einem gedeihlichen Miteinander innerhalb der Gartenanlage für die Zukunft interessiert.

Sie haben bereits mehrfach versucht, den satzungsgemäß vorgesehenen Konfliktausschuss anzurufen. Leider ist dies nicht gelungen, weil Rückruffbitten nicht beantwortet wurden. Eine Anfrage über die genaue Zusammensetzung des Ausschusses und Kontaktmöglichkeiten zu seinen übrigen Mitgliedern, blieb ebenfalls unbeantwortet.

Gerne möchten meine Mandanten auf diesem Weg nochmals anregen, den Konfliktausschuss mit der Sache zu betrauen. Namens und in Vollmacht meiner

Mandanten stelle ich hiermit den Antrag gemäß § 12 Absatz 2 Satz 1 der Satzung vom 31. März 1990.

Sollte die Anrufung des Ausschusses nicht die gewünschte Versöhnung herbeiführen, sind wir auch gerne bereit, uns an einer externen Mediation zu beteiligen. Sollten auch Sie diese Möglichkeit für einen gangbaren Weg halten, so bitte ich um eine entsprechende Mitteilung.

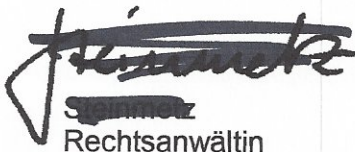
Für den Eingang Ihrer Rückantwort habe ich mir eine Frist bis zum

19. Dezember 2014

notiert.

Für Rückfragen stehe ich Ihnen jederzeit gern zur Verfügung. Bitte korrespondieren Sie in dieser Angelegenheit ausschließlich über mich.

Mit freundlichen Grüßen


Rechtsanwältin